

17. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 21. Dezember 2017

Top 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

2. Lesung

Gesetzentwurf

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts-und Finanzausschusses

Drucksache 17/1511

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/1551

2. Lesung

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. –Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die NRW-Koalition aus FDP und Christdemokraten steht für eine qualitativ hochwertige und flächen-deckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen und in allen Regionen unseres Landes.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dazu gehören ausreichende Angebote von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und anderen Gesundheitsleistungen.

Im Zusammenhang mit Ihrer Kritik an der Förderung der Krankenhausinvestitionen möchte ich noch einmal kurz daran erinnern, dass es doch Ihre rot-grüne Landesregierung war, die die

Investitionsförderung über Jahre vernachlässigt hat. Nordrhein-Westfalen war im Vergleich aller westdeutschen Flächenländer Schlusslicht, was die Investitionsförderung betraf. Also musste diese Landesregierung endlich handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So war auch die einmalige Erhöhung der pauschalen Fördermittel um 250 Millionen € im Nachtragshaushalt notwendig und richtig, um den bestehenden Rückstand bei den Investitionen abzubauen. Es wird weiter investiert: Wir werden auch im Haushaltsplan für das Jahr 2018 insgesamt 50 Millionen € mehr Fördermittel zur Verfügung stellen, als sie noch im rot-grünen Haushaltsplan 2017 standen.

Zur Kritik der kommunalen Beteiligung an der Krankenhausförderung möchte ich anmerken: Wir hatten auch unter der rot-grünen Landesregierung einen gesetzlichen Rahmen, der eine Beteiligung der Kommunen in Höhe von 40 % vorsah. Damit liegen wir auf gleicher Höhe mit Niedersachsen und niedriger als unsere anderen Nachbarländer Hessen und Rheinland-Pfalz.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber die Kommunen sind doch alle arm, sagt Ihre Fraktion doch!)

Sie sollten auch nicht vergessen, dass gerade die Kommunen von den Investitionen in ihre Kliniken profitieren,

(Michael Hübner [SPD]: Besonders die Kommunen, die keine Krankenhäuser haben!)

indem eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort und Arbeitsplätze gesichert werden. Insofern halte ich es für verfehlt, die kommunale Beteiligung an der Förderung infrage zu stellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben den Krankenhäusern sind die niedergelassenen Haus- und Fachärzte eine grundlegende Säule der medizinischen Versorgung. Gerade im ländlichen Raum und in Westfalen sind aber

Hunderte Hausarztsitze nicht mehr besetzt. In den letzten Jahren sind doppelt so viele Hausärzte in den Ruhestand gegangen, wie neue Allgemeinmediziner nachgekommen sind.

Für eine wohnortnahe ambulante Versorgung müssen wir deshalb die Zahl neuer Niederlassungen in den kommenden Jahren steigern. Die NRW-Koalition wird sich dieser Herausforderung endlich annehmen. Wir werden den Weg in die Niederlassung erleichtern und die Landesförderung durch eine Konzentration auf kleinere Gemeinden und eine Aufstockung der jeweiligen Förderbeträge effektiver gestalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit einer Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen und mehr vollwertigen Lehrstühlen für Allgemeinmedizin werden wir zudem mehr Absolventen für die hausärztliche Tätigkeit gewinnen.

Ein Thema, das ich in den vergangenen Jahren bei jeder Haushaltsberatung ansprechen musste, war der Patientenbeauftragte des Landes mit einem Haushaltsansatz von 400.000 € – und das für eine Einrichtung mit gerade einmal 1.300 Kontakten pro Jahr, also 1.300 E-Mails oder Anrufe. 1.300 Patientenkontakte hat ein ordentlicher Hausarzt bereits nach einer Woche zu Beginn eines Quartals –das nur mal zum Vergleich. Ich habe immer wieder gefordert, auf diese Ausgabe zu verzichten.

Deshalb freue ich mich umso mehr, dass Minister Laumann die Stelle des Patientenbeauftragten mit der der Behindertenbeauftragten zusammengefasst hat. So behalten wir einerseits die Wirtschaftlichkeit im Auge und erreichen andererseits eine starke und effiziente Vertretung für die betroffenen Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine große Gefahr für die Gesundheitsversorgung in unserem Land droht aber auch aus Berlin, wenn die SPD dort die sogenannte Bürgerversicherung in den Verhandlungen durchsetzen will. Das duale System der Krankenversicherung in Deutschland

(Nadja Lüders [SPD]: Was für ein duales System?)

sichert jedoch gerade im internationalen Vergleich eine hohe Qualität der Leistungen.

In anderen europäischen Staaten wie in Großbritannien oder in den nordischen Ländern gibt es staatliche, vereinheitlichte Gesundheitssysteme, verbunden mit langen Wartezeiten für fast alle Patienten, teilweise hohen Zuzahlungen, Rationierungen sowie Einschränkungen bei der freien Arztwahl.

(Michael Hübner [SPD]: Das hat doch mit der Finanzierung nichts zu tun!)

Ohne den Systemwettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung würde sich zudem die Aufnahme von medizinischen Innovationen in die Regelversorgung deutlich verzögern.

(Michael Hübner [SPD]: Sie wären auch gegen Obamacare! Obamacare war auch Mist!)

Die Befürworter einer solchen Bürgerversicherung vergessen darüber hinaus die Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft, aber auch die Beschäftigten in den Arztpraxen. Viele große PKV- Unternehmen haben ihren Sitz bei uns in Nordrhein-Westfalen –in Wuppertal, Dortmund, Köln und Münster –und bieten dort mehreren Zehntausend Menschen in unserem Land einen Arbeitsplatz.

Liebe Kollegen von Rot-Grün, ich verstehe eines nicht. Sie haben vorhin auf die Arbeitsplätze bei Air Berlin, bei Siemens oder im Stahlbereich hingewiesen. Natürlich müssen wir uns darum kümmern. Sie aber setzen hier in Nordrhein-Westfalen ungefähr 30.000 Arbeitsplätze bei der PKV aufs Spiel. Das nenne ich unsozial, das nenne ich soziale Kälte!

(Beifall von der FDP und der CDU –Nadja Lüders [SPD]: Sie haben das System nicht verstanden! –Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist soziale Kälte, werte Kollegen.

(Michael Hübner [SPD]: Genau!)

Zudem gefährdet nach einer Studie des Darmstädter WifOR-Instituts der Verlust der PKV-finanzierten Gesundheitsleistungen und damit verbundener Mehrumsätze rund 300.000 Arbeitsplätze in der medizinischen Versorgung.

Die FDP-Landtagsfraktion kämpft weiterhin für diese Arbeitsplätze in NRW, für medizinische Innovationen und eine gute Versorgung und somit für den Erhalt des dualen Systems der Krankenversicherung

(Michael Hübner [SPD]: Duales System der Krankenversicherung –was ist das?)

für eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. –Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. –Für die AfD hat jetzt noch einmal Herr Dr. Vincentz das Wort.